

Bürgerentscheide in den Bezirken - Bezirkschefs reagieren skeptisch

CDU- und SPD-Politiker befürchten Entscheidungstau und Bürokratie

Gegen die geplante demokratische Revolution in den Berliner Bezirken regt sich erster Protest. Nachdem sich außer der CDU alle Parteien im Abgeordnetenhaus auf einen weit reichenden Gesetzentwurf für kommunale Bürgerentscheide geeinigt haben, melden sich jetzt einige Bezirksbürgermeister zu Wort. Der Vorschlag von SPD, PDS, Grünen und FDP auf Landesebene, bis zur Sommerpause den Berliner Kiezbewohnern per Plebiszit ebenso viel Entscheidungsbefugnis zu geben, wie sie derzeit nur die Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) haben, stößt dabei auf Skepsis. Von einer Entmachtung der Bezirksparlamente, Entscheidungstau und mehr Bürokratie ist die Rede.

Abkehr vom Gemeinwohl?

Marlies Wanjura (CDU), Bürgermeisterin von Reinickendorf, befürchtet, dass die Pläne für mehr direkte Demokratie zu einer Abkehr vom Prinzip des "Gemeinwohls" führen können. Das beschränkte Interesse Einzelner habe künftig mehr Chancen sich durchzusetzen: "Wie sollen wir denn jetzt noch Industrieansiedlungen in die Stadt bekommen?", fragt Wanjura. Anwohner seien grundsätzlich gegen solche Pläne und brauchten sich jetzt nur noch zu organisieren. Auch die Landes-CDU hatte sich ähnlich geäußert und vor Verzögerungen etwa bei Investitionen gewarnt.

Ekkehard Band (SPD), der Bürgermeister von Tempelhof-Schöneberg, sieht vor allem in den vorgesehenen Beteiligungsquoten ein Problem. "Die halte ich für sehr, sehr niedrig."

Geplant ist, dass die Unterschriften von drei Prozent der Wahlberechtigten eines Bezirks ausreichen, um ein Bürgerbegehren - etwa zum Thema Platzgestaltung, Straßenbenennung, Schulschließung oder Parkzonen - einzubringen. Schon bei der Hälfte der Unterschriftenzahl darf die Bezirksverordnetenversammlung vorerst nichts Gegenteiliges mehr beschließen. "So kann man ganz schnell Verwaltungsprozesse lahm legen", sagt Band. Auch die finanziellen Auswirkungen von Bürgerentscheiden hält er für problematisch. "Wenn die Bürger entscheiden, dass wir sämtliche Schultoiletten durchsanieren sollen, fehlt uns dafür trotzdem das Geld." Und es würde dann auch an anderer Stelle fehlen, sagt er.

Der Pankower Bezirksbürgermeister Burkhard Kleinert (PDS) sieht die Sache gelassener. Dass es Defizite bei der Beteiligung der Bürger an Entscheidungen im Bezirk gebe, sei offensichtlich. "Man muss das einfach mal probieren", schlägt er vor. Es gebe in den Bezirkshaushalten, die durch Personalkosten und gesetzlich garantierte Sozialleistungen zum größten Teil längst verplant sind, ohnehin wenig Spielraum.

Das weiß auch **Bernd Schimmler** (SPD), einer der Initiatoren aus dem Abgeordnetenhaus. Nur höchstens vier bis fünf Prozent der bezirklichen Etats seien überhaupt frei verfügbar, sagt er. Dass nun irgendwelche Kleinstgruppen dieses Geld per Bürgerentscheid für sich vereinnahmen, hält **Schimmler**, selbst viele Jahre Stadtrat im Alt-Bezirk Wedding, für unwahrscheinlich. "Die Quoten sind gar nicht so niedrig: Bei 200 000 Wahlberechtigten in einem Bezirk muss man erstmal 6 000 Bürger zusammenbekommen." In Hamburg und in Bayern gebe es längst gute Erfahrungen mit großzügigen Plebiszitmodellen: "Wir sind das letzte Bundesland, das Bürgerentscheide auf Kommunalebene nicht kennt." Sein PDS-Kollege Peter-Rudolf Zotl kann darin auch keine Überbürokratisierung erkennen. "Mit Bürgerentscheiden wird nichts verhindert - sondern endlich etwas möglich gemacht", sagt er.

BerZ07032000